Nummer 68 Halle, Freitag, den 21. März 1924 59 Jahrgang

Straßenverkauf: 100 Milliarden.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.69 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Saalestaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Ein Ausnahmegesetz.

Entrechtung der Pensionäre.

Von D. Dr. v. Campe, M. d. L.

Ausnahmegesetze sind verschrien. Mit Recht. Was dem einen recht ist, soll dem andern billig sein. Unser Volk hat ein feines Rechtsempfinden. Unrecht verträgt es nicht. Unrecht empört. Ein gut Teil der Unzufriedenheit, unter der wir leiden, hat hier seinen Grund, — hier, d. h. in wirklichem oder vermeintlichem Unrecht.

Der Beamtenabbau fängt jetzt an sich auszuwirken. Die Not ist groß, groß auch ohne den Abbau. Die Beamtenschaft mag heute 40 bis 60 Prozent ihrer Friedensbezüge haben. Die Preislage des Friedens ist noch nicht erreicht. So liegt die Lebenshaltung der Beamten heute weit, weit unter der der Friedenszeit. Gar viele ringen um das Existenzminimum. Es ist ein harter, nervenzehrender Kampf. Vermögen — ach, wer hat noch Vermögen! Großmacht Valuta nahm uns, was der Franzose nicht raubte, erpreßte. Beamte, die mehr als 5 Prozent ihres Vermögens retteten, sind zu zählen. Großmacht Valuta nahm 95 Proz. „Ich lebe von der Substanz, muß die drückenden Steuern — in der Tat, sie sind drückend, nieder drückend — von der Substanz nehmen". So klagt — und mit Recht — das wirtschaftliche Leben. Dem kleinen Kapitalisten, wie die Beamtenschaft zu Tausenden sie ausweist, schwand das Vermögen dahin. Er lebte nicht davon, zahlte keine Steuern davon; noch nicht einmal das. Sein Leben zahlte er noch extra, seine Steuern zahlte er extra, aus anderen Mitteln noch. Sein Vermögen schwand nebenher noch dahin.

Und nun kommt der Beamtenabbau und wirft Unzählige auf die Straße brotlos oder mit kargem Brot nur. Ein brutaler Eingriff. So sagte Stresemann mit Recht. Aber es mußte sein, muß sein. Denn unser Volk will leben, soll leben. Die Examinschaft sieht, sie schwere Opfer bringen muß, will sie bringen auf dem Altar des Vaterlandes. Stets vaterländisch gesinnt, verlagt sie auch jetzt nicht. Mag es noch so schwer sein. Sie will sich ihrer Väter vor hundert Jahren würdig zeigen.

Aber in die Abbauverordnung schlich sich eine Ausnahmebestimmung ein zu Lasten der Pensionäre. Tritt ein Pensionsempfänger wieder in den öffentlichen Dienst und erhält er aus dieser Tätigkeit Bezüge, so tritt eine entsprechende Kürzung ein. Das ist recht und billig so. Um sonstige Einnahmen seiner Beamten hat der Staat sich nie bekümmert. Einnahmen aus anderer Nebenbeschäftigung oder aus Vermögen, sei es eigenem, sei es dem seiner Ehefrau oder Kinder, kürzen das Gehalt nicht. Gehalt soll eine ausreichende Versorgung zu standesgemäßem Unterhalt geben. Ob dieser sonst geschieht ist, ist gleichgültig. Dasselbe galt bis dahin auch für Pensionäre. Das soll nun anders werden. In gewissem Umfange tritt in Zukunft eine Verkürzung der Versorgungsbezüge ein und zwar sowohl der Pensionäre, wie der Wartegeldempfänger, wie der Hinterbliebenen.

Frei von jeder Anrechnung bleiben nur Bezüge bis monatlich etwa 145 Mk. Soweit Privateinnahmen über diesen Betrag hinausgehen, tritt eine Kürzung der Versorgungsbezüge ein, und zwar um die Hälfte des Betrages, um den das Privateinkommen diese 145 Mk. monatlich übersteigt. Das bedeutet ein Ausnahmegesetz zu Lasten der Pensionäre. Ich habe den Beratungen über diese Bestimmungen beigewohnt, habe sie bekämpft, als Ausnahmerecht als unbillig. Ich habe keinen überzeugenden Grund für dieses Ausnahmegesetz gehört. Das Reich ist mit dieser Bestimmung vorangegangen. Preußen war demnach durch Reichsgesetz gebunden. Es mußte leider folgen. Aber wirkliche Berechtigung hat diese Bestimmung nicht. Die Ersparnis ist nur sehr gering. Warum sollen gerade diejenigen unter ein sie schädigendes Ausnahme gesetz gestellt werden, deren Not vielleicht am größten ist — warum vor allem die Witwen und Waisen? Das ist gar nicht zu verstehen.

Und nun gar die Ausgestaltung im Einzelnen. Einkommen aus dem Vermögen der Ehefrau und Kinder wird nicht angerechnet. Warum das? Ja das ist zwar eine Milderung des Ausnahmegesetzes. Insoweit ist es zu begrüßen. Aber warum Einnahmen aus dem Vermögen meiner Frau, soweit sie mir zustehen, meine Bezüge nicht, warum nur die aus eigenem Vermögen sie mindern sollen, dafür fehlt jeder Grund.

Und weiter: Arbeitsverdienst der Ehefrau, das der Ehemann mit versteuern muß, mindert wieder die Pension des Mannes. Liegt darin Sinn und Gerechtigkeit? Der Staat stellt das Einkommen aus Arbeit schlechter als das aus Vermögen! Nein, das ist auf die Dauer nicht zu tragen.

Drittens: Die Bestimmung trifft nur diejenigen Pensionäre, die nicht im öffentlichen Dienst wieder beschäftigt sind. Ich setze den Fall: ein Pensionär übernimmt ein kleines Nebenamt im öffentlichen Dienst. Dann tritt zwar eine entsprechende Kürzung seiner Bezüge (Pension und Gehalt) ein, aber seine Einnahmen aus Vermögen, mögen sie noch so hoch sein, werden ihm nicht angerechnet. Verliert er aber das Nebenamt, dann tritt die Anrechnung auch seiner Zinseinnahmen ein. So etwas ist doch nicht möglich. Der Wortlaut des Gesetzes läßt keine andere Deutung zu. Ich habe bei der Beratung der preußischen Abbauverordnung auch hierauf hingewiesen — aber wir waren durch das Reich gebunden.

Ich hoffe, es wird schon bald gelingen, diese Ausnahmebestimmung zu beseitigen. Und dazu wird auch die Handhabung dieser Bestimmung beitragen. Versorgungsberechtigte sollen innerhalb Monatsfrist Anzeige von ihren Nebeneinnahmen machen. Wer kennt sie heute? Niemand. Sie schwanken. Ihr Eingang ist unsicher. So wird es eine Fülle von Anzeigen geben, — noch dazu von belanglosen. Niemand weiß vorher, ob ihre Summe die abzugsfreie Grenze erreicht. Schreibwerk wird sich häufen. Unzufriedenheit bei den Kassen und den Pensionären ist die Folge. Ersparnis? Die Unkosten werden die Abzüge überteilen! — Ich höre, die Kassen sollen Angaben über die Steuerveranlagung für 1922 zu verlangen angewiesen sein. Warum das? Schlüsse lassen diese Zahlen doch nicht zu. Was bedeuten die Einnahmeziffern von 1922 mit ihren ungezählten Nullen heute? Nichts! Jedenfalls sind sie unsichtig. Wozu das alles! Es gilt, ein zweckloses Ausnahmegesetz zu beseitigen.

Benesch dementiert.

Kriegsvorbereitungen.

Die Dementis aus Prag und Paris.

Selbstverständlich werden die Geheimabmachungen zwischen Frankreich und Tschechien, die gestern veröffentlicht wurden, von beiden Seiten mit aller Entschiedenheit dementiert; aber diese Ableugnung kann nichts daran ändern, daß wenigstens der Gedankeninhalt der Verträge richtig ist und daß wir hier einmal einen tiefen Blick werfen in die diplomatischen Werkstätten, in denen, um es auf deutsch herauszusagen, der nächste Krieg vorbereitet wird. Die Dinge, die hier auf dem Spiele stehen, sind nicht allein für Deutschland, sondern für ganz Europa so lebenswichtig, daß man ruhig 90 Prozent der Sensationen abstreichen kann, die übrigen dann noch verbleibenden 10 Prozent an Tatsächlichem genügen durchaus, um eigentlich allen Kabinetten die furchtbare Gefahr klarzumachen, vor der die Kulturwelt heute steht.

Die Abrüstung, die in Versailles proklamiert wurde, ist trotz der Washingtoner Flottenabmachungen nicht einmal das Stück Papier wert, auf dem sie geschrieben steht. In den Vereinigten Staaten sind die Ausgaben für Flotte und Luftstreitkräfte gesteigert, in England wagt das pazifistische Kabinett der Arbeitspartei nicht wesentliche Abstriche vom Militäretat zu machen übernimmt sogar die Forderung von fünf neuen Kreuzern, und Frankreich veröffentlicht soeben offiziell seinen Aufmarschplan, der mit einer kriegsstarken Armee auf deutschem Boden eigentlich Frankreichs wahre Absichten hinreichend enthüllen sollte.

Dem Ungläubigsten aber müssen die Augen aufgehen bei dem Lesen der französisch-tschechischen Dokumente, die ein Kriegsbündnis gegen Deutschland mit allen Einzelheiten vorsehen. Herr Benesch macht sein Land darin einfach zum Vasallen Frankreichs. Nicht einmal die sonst übliche Formel eines „nicht provozierten Krieges" ist vorgesehen; nein, die Tschechoslowakei verpflichtet sich, „bei einem Kriege mit Deutschland" ihre gesamte Macht den Franzosen zur Verfügung zu stellen.

Ganz hat freilich der schöne Plan nicht geklappt. Es war ja schon bekannt, daß Anfang Januar Benesch in Prag einen Mißerfolg erlebt hat und daß die Serben die ihnen hierbei zugedachte Rolle dankend abgelehnt haben. Auch Rumänien, das in das Spiel eingezogen werden sollte, hat sich vorsorglich zurückgehalten; immerhin, das dreieckige Verhältnis Warschau-Prag-Paris ist doch zustande gekommen, und das ist eigentlich alles, was Frankreich im Augenblick braucht. Denn diese Verträge müssen in die allgemeine diplomatische Lage hineingestellt werden, sie bilden den Schlußstein bei den Versuchen Frankreichs, die deutsche Gefahr vom Osten her abzuriegeln und durch die ständige Flankendrohung von Prag wie von Warschau her Deutschland so lahmzulegen, daß wir auch an der Ruhr den Plänen Fochs und Poincarés rettungslos ausgeliefert sind.

Die englische Diplomatie hat gelegentlich einmal ziemlich deutlich angeklopft, wie es mit einem tschechisch-französischen Geheimvertrage stände, und ist damals beruhigt worden. Eigentlich kann sie sich nach dem Bekanntwerden dieser Verträge nicht mehr beruhigen, ebensowenig, wie die Italiener, denen so nebenbei das Recht auf eine vorherrschende Stellung im Mittelmeer abgesprochen wird. Wenn aber die englische Diplomatie sich nicht lächerlich machen will, dann muß sie jetzt das Problem der Sicherheiten am Rhein ganz anders anpacken und den Franzosen begreiflich machen, wie seltsam es aussieht, wenn eine ganze Elefantenherde, die sich durch ein einzelnes Schaf in ihrer Sicherheit bedroht fühlt, nun noch vielleicht Bundesgenossen sucht; zu deutsch: daß Frankreich allein oder mit seinen beiden Bundesgenossen stark genug ist, um gegen den undenkbaren Fall eines Angriffs durch das von allen technischen Kriegsmitteln entblößte Deutschland geschützt zu sein, daß es deshalb weitere Sicherheiten am Rhein nicht braucht.

*

Berlin, 19. März. Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Berlin teilt zu der Veröffentlichung der geheimen Abmachungen zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich mit, daß ein solcher Geheimvertrag zwischen den beiden Staaten nicht besteht. Die veröffentlichten Dokumente sind Fälschungen.

Prag, 20. März. Die Mitteilungen über einen französisch-tschechoslowakischen Geheimvertrag wurden im Ausschuß für Auswärtiges auf eine Anfrage des deutschen Abgeordneten Kaiser vom Minister für Aeußeres Dr. Benesch als eine plumpe Erfindung (!) bezeichnet. Der Minister erklärte, daß es ihm eigentlich widerstrebe, auf eine so unseriöse Sache zu antworten. Wer den angeblichen Geheimvertrag aufmerksam durchliest, müsse auf den ersten Blick erkennen, daß es sich um eine Fälschung handele. Der Außenminister betonte, die Friedlichkeit der tschechisch-deutschen Beziehungen.

Dresden, 20. März. Der Brünner „Tagesbote" ist wegen Wiedergabe der Veröffentlichung des „Berliner Tageblattes" über die Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei konfisziert worden. Die meisten deutschen Blätter in Prag haben die Wiedergabe der Berliner Meldungen unterlassen, offenbar aus Furcht vor der Beschlagnahme.

Italiens En'rüstung.

Rom, 20. März. Die Berliner Enthüllungen über die geheimen Abmachungen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei haben hier einen Sturm der Entrüstung erregt, da auffälligerweise gleichzeitig der „Temps" heftige Angriffe gegen Italien richtet wegen dessen angeblicher Expansionsbestrebungen nach dem Osten.

Budapest, 20. März. Das Dementi wegen der französisch-tschechoslowakischen Geheimabmachungen von tschechischer Seite wird hier nirgends ernst genommen.

Pflichten der Reichswehr.

Die Zeugenauslagen im Hitlerprozeß haben ein Bild davon gegeben, wie im Herbst 1923 von verschiedenen Seiten um die Reichswehr geworben und wie auf ihr Eingreifen zugunsten gewisser politischer Richtungen gehofft wurde. Demgegenüber bezeichnet der Befehl des Chefs der Heeresleitung an die Wehrkreiskommandeure vom 4. November 1923, der hiermit den Dienstbereich übergeben wird, den Weg, der damals, wie schon früher, der Reichswehr gewiesen und von ihr innegehalten worden ist. In dem Befehl heißt es u. a.:

„Solange ich an meiner Stelle bin, habe ich die Ansicht vertreten, daß nicht von diesem oder jenem Extrem, nicht von äußerer Hilfe oder innerer Revolution — komme sie von links oder rechts — das Heil kommt, sondern daß uns nur harte, nüchterne Arbeit die Möglichkeit zum Weiterleben gibt. Diese können wir allein auf dem Boden von Gesetz und Verfassung leisten."

Der Befehl schließt: Ich ersuche alle Kommandeure, ihre Untergebenen auf die schweren Gefahren einer solchen Entwicklung hinzuweisen und jeden Reichswehrangehörigen, der sich politisch zu betätigen sucht, sofort aus der Truppe zu entfernen."

Illustrierte Wahllisten.

Von unserem römischen E-Korrespondenten.

Rom, Mitte März.

Man könnte auch sagen: Ein Bilderbuch für reifere Knaben. Denn da sind nicht nur Pferd, Blume und Taschenuhr zu sehen, sondern auch die erhabenen Embleme, wie sie der schon verständigeren, den Sinn des Daseins ersinnenden Jugend voranleuchten. Als da wären: die Fackel der Freiheit, die Wage der Gerechtigkeit, die wetterfeste Schaufel. Libertas steht auf dem Schild. Libertas im Strahlenglanz der aufgehenden Sonne. Freiheit, Recht, Vaterland verkündet ein feuerspeiender Berg. Ein Adler fliegt zu den Sternen. Heilige Lebenskraft formt ein Diadem und die Banner Italiens wehen... Mit einem Wort: Ideale. Alle Wahllisten sind ideal. Das haben sie vor den Nachrufen voraus, daß sie schon bei Lebzeiten alle die schönen Dinge für sich in Anspruch nehmen, die dem gewöhnlichen Sterblichen erst am Grabe nachgesagt werden. Aus den Nachrufen wissen wir, daß es eigentlich nur edle Menschen gibt von lauterster Gesinnung, denen ein ehrendes Andenken gewiß ist, während nach den Wahlaufrufen alle in der Hölle braten müssen, ausgenommen die Halbgötter der alleinseligmachenden Liste.

In dem prachtvollen Bilderbuch sind 22 Bilder zu zählen, es gibt also 22 unzerreißbare Listen. Mitten 22 Parteien. Welch ein Kampf! Und wer jenseits der Alpen die italienischen Zeitungen verfolgt, die seit Wochen und Monaten täglich mindestens die volle Hauptseite mit homerischem Schlachtlärm erfüllen, Spalte um Spalte in die Arena tragen, der muß den Eindruck gewinnen, Unerhörtes gehe auf der Apenninenhalbinsel vor sich. In Wirklichkeit bescheint die liebe Sonne des Südens

eine bürgerliche Friedlichkeit, um welche manches demokratische Land das faszistische beneiden könnte.

Wie solche Idealzustände in hösen Zeiten erreicht werden können? Ganz einfach. Man nehme ein Wahlgesetz, das der regierenden Partei gibt, was sie wünscht, tue ein wenig Oppositionswürze daran und garniere das Ganze mit grünem Alkteil. Wer soll da noch Geschmack finden an einem solchen Gemüsehauen? Die Regierung, das heißt also der Fascio, legte eine nationale Liste an, die das Liktorenbündel schmückt, und eine nationale Nebenliste, deren Bild den römischen Adler auf dem Liktorenbündel sitzend zeigt. Ecco Italia! Alle übrigen 90 Bilder sind heimlich, werden bekämpft, ein mannhafter Kampf gegelang es dem mussolinischen Herkules, den faszistischen Kandidatensturm auf die 379 nationalen Sitze so weit zu werfen daß er ein Drittel der Plätze den nur 99prozentigen Schwarzhemden, die sich regierungstreu oder liberal-faszistisch oder gar liberal nennen, reservieren konnte. Nimmerhin war die Phalanx im Nu fertig und damit die Schlacht entschieden. Jedermann weiß, wie die kommende Kammer aussieht, obwohl erst am 6. April der formelle Gang zur Urne erfolgt. Ein Trauergang für das verfaszistische Italien.

Klappern gehört eben zum Handwerk und schließlich müssen die nichtfaszistischen Kandidaten, die ihre Diäten nicht fahren lassen wollen, oder solche, die es zum Freibillet erster Klasse bringen wollen, doch ihren Wählern zeigen, daß sie noch kritisch auf der Zinne der Partei stehen. Solches heißt man dann Opposition. Von den Sozialisten — Bild: Sonnenaufgang — zu sprechen, erübrigt sich. Ihre Sonne ist erloschen. Die ganze Sozialdemokratie war einmal, man könnte vielleicht von einer Dämmerung sprechen. In der sie schlummert, wenn man besonders wohlwollend sein will. Das die Einheitssozialisten noch — daneben schlafen, beileibe nicht in Gemeinschaft, erfährt man bei dieser Gelegenheit auch aus dem Bilderbuch: Hammer und Sichel gekreuzt über dem Buch. Natürlich ist dieses vortreffliche Symbol auch ohne Buch vorhanden, denn die Kommunisten gebören nun einmal zum Stück wie der Hanswurst in den Sachsischen Fastnachtskomödien und wie der Hofnarr dürfen sie sich bei der großen Festlichkeit einen Spaß gestatten, ohne daß deswegen von der souveränen Tafel der Faszisten ein Wink an die Liktoren mit dem Rutenbündel ergeht. Von dem garnierten Allerlei wäre allerhand Pikantes zu berichten, doch ist das alles nur von lokalem Reiz. Zum Beilpiel haben die Sarden oder vielmehr ihre Aktionspartei ein Bildchen beigesteuert, auf dem man vier schwarze Köpfe sieht — mehr, als sie vermutlich in den Montecitorio entsenden können.

Die Bauernpartei hält sich an die Aehren, das Grüppiein der Slawen an ein etwas rätselhaftes Gewächs und von den deutsch-tiroler Abgeordneten kann man sich überhaupt kein Bild machen. Was niemanden verwundern kann, der den Brenner noch nur bis Bozen — Verzeihung, Bolzano — herabfährt und auf allen Ansichtskarten das Wörtlein Tirol ausgestrichen sieht. Selbst ein Mussolini, wenn er heute einen Abstecher in die veränderte Geographie machen und sich auf den Genuß der Landesspezialität verstehen wollte, bekäme keine Tirolerknödel mehr vorgesetzt, sondern Oberatscher. Also will es der Präfekt.

Blättern wir weiter: Es erscheint eine Riesenfigur, ein Bogenschütze im Boot, mit Krone darüber, der Wahlkreis ist Rom, ein pechschwarzer Stern, eine Granatgarbe, alles Listen einzelner Abgeordneter. Giolitti hat ebenso wie Bonomi oder der Advokat de Bessis eine besondere aufstellen zu müssen geglaubt. Sala-Nomi vereinigt die diffidenten Faszisten, der frühere Kolonialminister Amendola die Anhänger Nittis, der seine Berlin-Fahrt dem politischen Getriebe zurückgelassen hat. Sprecher dieser „verfassungsmäßigen Opposition" ist übrigens der Literat Roberto Bracco, der das Schicksal seines verbannten Musenkollegen Unamuno geteilt hätte, wenn Italien Spanien und Mussolini

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240321011/fragment/page=0001

Prima di Nyera wäre, Ein Dramatiker auch in der Politik, der Opposition aus Idealismus betreibt, weil er sie für das Wohl des Vaterlandes für notwendig, für faktoskant hält. Man müßte die Opposition, erklärte er, zu einer rechtlichen Institution machen, damit eine wirksame Kontrolle und vollkommene Diskussionsfreiheit vorhanden sei. Italien sei doch nicht Mexiko ...

Ernster als solche ästhetischen Gebärden nahmen die Falsifien den Widerstand des Zentrums, der katholischen Popolari, und hier ist auch die Stelle, wo sich das merkwürdige Maskenspiel zu tragischer Spannung erhebt. Denn das ist klar, mit der Umformung des Parlaments in eine Kammer der Schwarzhemden wird die Kirche nicht bezwungen, noch auch nur die vom Vatikan selber verworfene politische Aktivation des Klerus zu Boden gestreckt. Sie hat Mächte hinter sich, die jeder Rizinusur spotten. Daher wettern Gibt Staatssekretäre mit einer Ausschließlichkeit gegen die Popolari, neben der die Philippika Lydendorffs zu einer väterlichen Ansprache an den Ultramontanismus verblaßt. Es ist bezeichnend, daß jene Rede sogar in protestantischen Teilen Deutschlands Erregung hervorrief, während sich im Lande des Papstes nur die reinkatholischen Blätter entrüsteten. Je näher an Rom desto nährkräftiger der Boden für den Antiklerikalismus. Die Falsifien werfen den Popolari das Einvernehmen offener Türen vor, denn gerade unter dem Liktorenbündel sei das von den Roten verpönte Kruzifix wieder in den Schulen aufgerichtet, sei das Programm der Wiedereinsetzung der Religion in ihre Rechte verwirklicht worden, und das so gründlich, daß die italienische Freimaurerei den Feldzug gegen den Faszismus eröffnet habe mit der Beargumung, er wolle Italien klerikalisieren. Aber die Popolari erwidern darauf stolz: ihr könnt die Religion und die Kirche gar nicht achten, denn ihr seid ihrer nicht würdig! Der Kampf zweier Weltanschauungen, den man einmal, die tragische Cäsur in der Geschichte des Faszismus bezeichnen wird.

Unfähig, ihn auszutragen, geht die Wahlbewegung darüber hinweg. Tatsächlich hat die „Bentatchle" Mussolinis ihr Werk bereits vollbracht: zwei Drittel der neuen Parlamentarier sind schon gewählt, die faszistische Kammer ist Tatsache.

Unter den 379 Abgeordneten der nationalen Liste sind nur 106, die bereits die Bänke des hohen Hauses zierten, der Rest besteht die auf 15 Herren früherer Legislaturperioden aus neuen Männern, unter denen wieder die Jungmannschaft überwiegt. Man zählt 290 Frontkämpfer, von denen 10 die goldene Medaille tragen, 80 Kriegsverstümmelte, 34 Kriegsfreiwillige. Ein Parlament junger Helden!

Der legale Griff zum Schwert des Diktators, wie ihn Mussolini haben wollte. Ein Soldatenparlament. Das Kapitel des vierten Italiens, von dem der römische Adler auffliegt und mit rauschenden Flügelschlägen das Evangelium der nationalen Erneuerung verkündet.

Der Wiener Besuch.

Marx und Stresemann in Wien.

Zum erstenmal seit dem großen Novemberumsturz sind jetzt in den Herren Marx und Dr. Stresemann deutsche Staatsmänner nach Wien gereist. Ein Zeichen, daß die tiefste Niederung in den Schicksalen der Brudervölker überwunden ist, daß man sich um etwaiges Stirnrunzeln des westlichen Widersachers nicht mehr schkert. Es wird von beiden engbefreundeten Regierungen Wert darauf gelegt, den Besuch als eine „unpolitische Tat" abzustempeln, ihn allenfalls mit Besprechungen über einen Handelsvertrag in Verbindung bringen zu lassen. Tatsächlich dürfte ja auch der Anschlußgedanke aus diesem Besuch keinen praktischen Antrieb erhalten. Die Zeit dafür ist noch nicht gekommen, abgesehen davon, daß gerade Herr Dr. Seipel in der Anschlußfrage nichts weniger ist als ein Fanatiker.

Wybert gegen **Husten**

Der Zeigner-Prozeß.

Leipzig, 20. März. Zu Anfang der Mittwochsitzung wurde der Regierungsrat Thierbach vernommen, der über die Angelegenheit Schmerler Auskunft gab und bemerkte, daß Zeigner das Gesuch befürwortet und die Sache eilig gemacht hätte. Er habe das Vorgehen Zeigners als ordentlich angesehen. Der Vorsitzende trug weiter einen Fall vor, wonach Frau Zeigner versucht haben soll, durch einen gewissen Oberlehrer Berger auf den Zeugen Brandt einzuwirken, daß dieser seine Aussage zurückziehe oder zugunsten des Angeklagten Zeigner ändere. Dann verhörte Zeuge Staatsanwalt Demler über das frühere militärische Verfahren gegen den Belastungszeugen Weimer. Er bekundet, daß er nach den vorliegenden Akten zu einer Einstellung des Verfahrens gekommen sein würde. Danach wurde der Zeuge Berger aufgerufen. Er hat mit Zeigner in einem Hause in Stötteritz zusammen gewohnt. Anfang Februar ist Frau Zeigner zu ihm gekommen und hat ihm von dem Prozeß erzählt. Frau Zeigner hat erst von Möbius und dann von Brandt gesprochen, der zurzeit im Krankenhause läge. Berger möge ihn einmal aufsuchen. Möbius habe seine Aussage zurückgenommen und Brandt sei nun des Hauptbelastungszeuge. Wenn er noch seine Aussage abändere, würde ihr Mann sich erleichtert fühlen. Darauf hat Berger ihr versprochen, einmal nach dem Krankenhause zu gehen und nach Brandt zu sehen, wie es ihm gehe. Als Be dann auf den Fall Zeigner zu sprechen gekommen seien, äußerte sich Brandt:

Möbius schwindelt sich heraus bei der ganzen Geschichte und ich bin das Kamel.

Berger sagte ihm dann, er könne seine Aussage zurücknehmen, das sei nicht strafbar, weil er selbst bei der Geschichte beteiligt sei. Er übermittele das nur aus Mitleid. Brandt solle nicht denken, er wolle ihn beeinflussen. Frau Zeigner habe dann noch einmal gebeten, Berger möge nochmals zu Brandt gehen und ihm sagen, es würde nicht schaden, wenn er seine Aussage zurücknähme. Dieser Auftrag hat Berger nicht mehr erledigt. Als Frau Zeigner dann noch ein drittes Mal bei ihm gewesen sei, habe Berger sich nicht sprechen lassen. Aus der protokollarischen Aussage Brandts geht hervor, daß er eine Aenderung seiner Aussagen entschieden ablehnt. Der nächste Zeuge, Universitätspedell Martin, wird zu den Aussagen des Belastungszeugen Weimer vernommen. Er erklärt, er wisse nicht, daß Weimer von Zeigner gesprochen habe oder daß ihm die Aktenvernichtung angeboten worden sei. Er bleibt bei dieser Darstellung auch, als ihm der Zeuge Weimer gegenübergestellt wird. Zur Vernehmung kommt dann der Fall Schmidt. Möbius gibt zu, daß der Filscherelbesitzer Heinrich Schmidt in Rodersdorf ihm in einem Umschlag ein Gnadengesuch mit einem Tausendmarkschein zur Erledigung übergeben und daß Möbius das Geld herausgenommen und für sich verwendet hat. Die Anklage steht hierin eine Unterschlagung, zu moralischer Nachwirkung wird es dem Behen aus Berlin gleichwohl nicht fehlen.

Wien, 20. März. Gestern nachmittag 5 Uhr ist der deutsche Reichskanzler Dr. Marx und der Minister des Aeußeren Dr. Stresemann auf dem Westbahnhof eingetroffen. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnhof der Bundeskanzler Dr. Seipel, Vizekanzler Frant und Minister für Aeußeres Dr. Grünberger eingefunden. Nach einer kurzen Aussprache begaben sich die deutschen Herren auf die deutsche Gesandtschaft in der Metternichstraße. Heute finden die offiziellen Empfänge statt. Im Laufe des Tages werden auch Besprechungen mit dem österreichischen Handelsminister in Angelegenheit des deutsch-österreichischen Handelsvertrages stattfinden. Dr. Marx und Dr. Stresemann werden vom Bundespräsidenten Hainisch empfangen werden. Abends gibt der Bundeskanzler Dr. Seipel zu Ehren des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers ein Diner, bei dem offizielle Trinksprüche gewechselt werden. Nachmittag werden Dr. Marx und Dr. Stresemann wieder Wien. Die Wiener Blätter fahren fort, die Anwesenheit der beiden deutschen Staatsmänner zum Gegenstand äußerst sympathischer Besprechungen zu machen.

Der Zeigner-Prozeß.

Leipzig, 20. März. Zu Anfang der Mittwochsitzung wurde der Regierungsrat Thierbach vernommen, der über die Angelegenheit Schmerler Auskunft gab und bemerkte, daß Zeigner das Gesuch befürwortet und die Sache eilig gemacht hätte. Er habe das Vorgehen Zeigners als ordentlich angesehen. Der Vorsitzende trug weiter einen Fall vor, wonach Frau Zeigner versucht haben soll, durch einen gewissen Oberlehrer Berger auf den Zeugen Brandt einzuwirken, daß dieser seine Aussage zurückziehe oder zugunsten des Angeklagten Zeigner ändere. Dann verhörte Zeuge Staatsanwalt Demler über das frühere militärische Verfahren gegen den Belastungszeugen Weimer. Er bekundet, daß er nach den vorliegenden Akten zu einer Einstellung des Verfahrens gekommen sein würde. Danach wurde der Zeuge Berger aufgerufen. Er hat mit Zeigner in einem Hause in Stötteritz zusammen gewohnt. Anfang Februar ist Frau Zeigner zu ihm gekommen und hat ihm von dem Prozeß erzählt. Frau Zeigner hat erst von Möbius und dann von Brandt gesprochen, der zurzeit im Krankenhause läge. Berger möge ihn einmal aufsuchen. Möbius habe seine Aussage zurückgenommen und Brandt sei nun des Hauptbelastungszeuge. Wenn er noch seine Aussage abändere, würde ihr Mann sich erleichtert fühlen. Darauf hat Berger ihr versprochen, einmal nach dem Krankenhause zu gehen und nach Brandt zu sehen, wie es ihm gehe. Als Be dann auf den Fall Zeigner zu sprechen gekommen seien, äußerte sich Brandt:

Möbius schwindelt sich heraus bei der ganzen Geschichte und ich bin das Kamel.

Berger sagte ihm dann, er könne seine Aussage zurücknehmen, das sei nicht strafbar, weil er selbst bei der Geschichte beteiligt sei. Er übermittele das nur aus Mitleid. Brandt solle nicht denken, er wolle ihn beeinflussen. Frau Zeigner habe dann noch einmal gebeten, Berger möge nochmals zu Brandt gehen und ihm sagen, es würde nicht schaden, wenn er seine Aussage zurücknähme. Dieser Auftrag hat Berger nicht mehr erledigt. Als Frau Zeigner dann noch ein drittes Mal bei ihm gewesen sei, habe Berger sich nicht sprechen lassen. Aus der protokollarischen Aussage Brandts geht hervor, daß er eine Aenderung seiner Aussagen entschieden ablehnt. Der nächste Zeuge, Universitätspedell Martin, wird zu den Aussagen des Belastungszeugen Weimer vernommen. Er erklärt, er wisse nicht, daß Weimer von Zeigner gesprochen habe oder daß ihm die Aktenvernichtung angeboten worden sei. Er bleibt bei dieser Darstellung auch, als ihm der Zeuge Weimer gegenübergestellt wird. Zur Vernehmung kommt dann der Fall Schmidt. Möbius gibt zu, daß der Filscherelbesitzer Heinrich Schmidt in Rodersdorf ihm in einem Umschlag ein Gnadengesuch mit einem Tausendmarkschein zur Erledigung übergeben und daß Möbius das Geld herausgenommen und für sich verwendet hat. Die Anklage steht hierin eine Unterschlagung, denn das Geld sei offenbar für Dr. Zeigner bestimmt gewesen. Schmidt befundet unvereidigt, er sei von Brandt auf Möbius aufmerksam gemacht worden. Er bemerkt weiter, er hätte allerdings gedacht,

die tausend Mark werde der Minister bekommen,

während er das Lebensmittelpaket für Möbius als Entschädigung für dessen Mühe bestimmte. Auf Vorhaltung des Vorsitzenden erklärt er noch einmal, er habe nur gesagt, der Minister bekomme das Geld, er habe das aber nicht betont, und Möbius habe auch nicht gesagt, daß Zeigner das Geld bekommen werde. Hierauf trat eine Mittagspause ein.

Nach Eröffnung der Nachmittagssitzung wendet sich die Beweisaufnahme dem Fall Friedrichsen zu. Möbius sagt dazu aus: Pribosky habe sich an ihn gewandt, weil er eine Gefängnisstrafe wegen Hehlerei zu verbüßen hatte und begnadigt sein wollte. Pribosky erklärte, die Haupttache ist, daß es Erioki hat, dann kriegt du auch ein paar schöne Schmucksachen. Nachher seien sie zu ihm gekommen ihn an sein Versprechen; er suchte ein Damenkollier und einen Herrenring heraus. Das Paket mit den Schmucksachen wurde auf Dr. Zeigners Tisch gelegt. Als Dr. Zeigner dann nach Leipzig kam, habe er das Paket Schmucksachen und das Geld, das er auf seinen Namen hatte, das für ein Quartett sei. Schaffen Sie das sofort zu den Leuten zurück. Auf Vorhalt der ganz anders lautenden Aussagen vor dem Untersuchungsrichter

widerruft Möbius alle früheren Angaben

und erklärt nur seine heutige Aussage für richtig. Angekl. Dr. Zeigner bestätigt, soweit diese sich auf ihn unmittelbar beziehen, die Angaben des Angeklagten Möbius. Auf die Frage, ob er dem Möbius Geld gegeben habe, sagte Dr. Zeigners Möbius war lange Zeit sehr aufdringlich. Ich gab ihm 2000 Mark, um ihm zu verstehen zu geben, daß damit seine Dienste bezahlt seien, und daß er mich in Ruhe lassen sollte. Ich hatte dann auch etwa sechs Wochen Ruhe. Vorsitzender: Warum haben Sie den Strafantrag im Falle Friedrichsen? Angekl. Dr. Zeigner: In der Vernehmung hat Cunio erklärt, daß er den Vorwurf der Korruption nicht gegen die Regierung, sondern nur gegen einen Teil der Beamtenschaft erhebe. Hätte ich auch nur entfernt geahnt, daß der Korruptionsvorwurf sich gegen meine Tätigkeit als Gnadensachen richten sollte, hätte ich natürlich diese Gelegenheit benutzt, um die von Dr. Meiser verbreiteten Verdächtigungen zu entkräften. Hierauf wird Frau Friedrichsen unvereidigt als Zeugin vernommen. Sie hat ein Goldwarengeschäft und lebt seit von ihrem Mann getrennt. Das Ehepaar war wegen Hehlerei bestraft und bestraft durch Möbius seine Begnadigung. Die Zeugin schildert nun, wie die Reise nach Dresden mit den Schmucksachen vor sich ging. Zeugin war von Dr. Meiser vorher gewarnt worden, Dummheiten zu beachen. Sie erklärt weiter, Möbius habe später noch einen Siegelring für Dr. Zeigner erhalten, weil er gesagt hatte, Dr. Zeigner habe die Brillanten taxieren lassen und erklärt, es sei Dreck. Als das Gesuch Erfolg gehabt hatte, bekam Möbius von uns

noch 50 000 Mark für Dr. Zeigner

und 10 000 Mark für sich, weil er damit eine Konzession für uns erwirken wollte. Rechtsanwalt Tschopik: Hat Rechtsanwalt Dr. Meiser gesagt: „Wir müssen für Möbius sorgen, schlimmstenfalls müssen wir ihn in der Reichswehr unterbringen? Zeugin: Nein. Am Schluß der Sitzung werden die Dispositionen für die weitere Behandlung erörtert. Die Verhandlung wurde auf Fr vormittag vertagt.

Annahme der Kirchenverfassungen.

Preußischer Landtag.

Der Preußische Landtag beriet am Mittwoch in ruhiger Aussprache zunächst den Entwurf über die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen, mit dem sich der Ausschuß schon eingehend befaßt hatte. Abg. Dr. Kaebler (Dnat.) berichtete über diese Verhandlungen. Sein Fraktionsfreund Pfarrer Koch-Oeynhausen bat um Annahme des Entwurfes. Die vorgetragenen Bedenken, besonders hinsichtlich des Mahlrechtes, seien nicht so schwer, um einer Annahme mit großer Mehrheit entgegenzustehen. Die schwersten Bedenken wurden von den Demokraten vorgebracht. Sie wandten sich gegen eine lehrgesetzliche Bindung durch den „Volksrat" und gegen die Art des Wahlrechts auf Generalsynode. Ihre Abänderungsanträge fanden aber nicht den Beifall der Mehrheit; das Gesetz wurde vielmehr ohne wesentliche Aussprache mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien — dafür stimmten schließlich auch trotz ihrer Bedenken die Demokraten — im wesentlichen in der Ausschußfassung angenommen. Das Haus trat dann noch in die zweite Lesung des Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz ein. Nach einigen einleitenden Worten des Volkswohlfahrtsministers begründeten die Abgeordneten Leid (Soz.), Frau Dr. Lauer (Ztr.), Dallmer (dn.), Frau von Kulcsla (DVP.), Frau Arendsee (Komm.) und Otto Charlottenburg (Komm.) die Stellung ihrer Fraktionen zu der Vorlage. Besonders scharf fiel die Kritik des deutschnationalen Abg. Dallmer aus, der unter andauerndem Widerspruch von links und aus der Mitte gegen den „modernen Freiheitsdrang" zu Felde zog, über den man die Erziehung der Kinder zu christlicher Zucht und Sitte vernachlässigt habe. Schließlich nahm das Haus den grundlegenden Paragraphen 1, der die Aufgaben der öffentlichen Jugendwohlfahrtspflege mit Ausnahme der Fürsorgeerziehung zu Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände erklärt, unverändert an, um sich sodann auf Donnerstag zu vertagen.

Die Reichstagswahl im besetzten Gebiet.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Verordnung der Reichsregierung vom 14. März 1924 über die Neuwahlen für das besetzte Gebiet zugelassen. Ueber die Durchführung der Wahlen selbst, über die Sicherung der Wahlfreiheit usw. schweben noch besondere diplomatische Verhandlungen.

Die Erhöhung der Gehälter.

Berlin, 20. März. In seiner gestrigen Sitzung hat das Reichskabinett eine Erhöhung der Beamtenwirtungsgehälter um 13 Prozent beschlossen. Die Familienzuschläge betragen 2 Mark für die Frau und 2 Mark für jedes Kind. Der Ortszuschlag erfuhr eine Erhöhung auf „80 Prozent von drei Vierteln", das sind 60 Prozent des ehemaligen Wohnungsgeldes. Diese Erhöhung tritt mit dem 1. April in Kraft. Die Zahlung der bisherigen örtlichen Sonderzuschüsse in Höhe von zirka 9 Prozent fällt fort.

Hochverratsverfahren gegen v. Graefe. Wie wir erfahren, hat der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof nunmehr gegen den deutsch-völkischen Reichstagsabgeordneten v. Graefe-Goldebee im Zusammenhang mit den Münchener Novemberereignissen die Voruntersuchung wegen Hochverrats eröffnet.

Schwerer Unfall des Abg. Graf Stollberg-Wernigerode. Der volksparteiliche Landtagsabgeordnete Graf zu Stollberg-Wernigerode kam in einem Flur des Landtages so unglücklich zu Fall, daß er sich ein Bein brach.

Goldhaushaltsplan in Preußen. Das preußische Staatsministerium hat den Entwurf des Staatsgoldetats fertig gestellt. Demnach halten Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht. Auch die Arbeiten am Reichshaushaltsplan nähern sich ihrem Ende.

Ablehnung des Hamburger Schiedsspruchs. Der Hafenbetriebsverein in Hamburg hat den Schiedsspruch abgelehnt. Der Schiedsspruch wurde auch von den streikenden Hafenarbeitern mit 4819 gegen 1186 Stimmen abgelehnt.

Müller-Brandenburg wird ebenfalls ausgeschifft. Wie wir hören, wird der vielgenannte Polizeiobrist Müller-Brandenburg, Leiter der thüringischen Landespolizei, ebenfalls seines Amtes enthoben und durch einen auswärtigen ehemaligen höheren aktiven Offizier, welcher bereits seit mehreren Jahren sich in einer größeren Schutzpolizeiorganisation bewährt hat, ersetzt werden.

Besser als Yohimbin allein wirkt „Organophat",
Anregend, sehr kräftigend. Verlangen Sie nur Organophat in der Löwen-Apotheke am Markt

Die echten „Continental"-Sohlen und Absätze im Spezial-Geschäft Gummi-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Der Meister.

Ein Kriminalroman von Ludwig Kapeller.

(11. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Miemann wartete, daß sie zusammenbreche; aber mit einer unheimlichen Ruhe, der nur ihr fieberndes Blid widersprach, preßte sie hervor: „Und weiter?"

„Und dieser Johannes Kurz hat in Frankfurt einen schweren Diebstahl begangen, dann angeblich Selbstmord verübt, war aber in Wirklichkeit als Hans Lank nach Berlin übergesiedelt."

Miemann hielt sich noch immer mit seinem Blick; ihre Augen wurden leer und leblos als drehten sie sich nach innen; sie schob langsam die Hand vor bis zum Rande des Tisches und krallte die Finger ins Holz. Dann schüttelte sie sich plötzlich, und ihre Stimme ward kalt ein Schrei:

„Das ist nicht möglich!"

Miemann schwieg; unter seinem Blick wurde sie ruhiger, dann traten Tränen in ihre Augen; nun wußte er, daß sie ihn verstanden hatte, daß sie das Furchtbare begriffen hatte. Er wartete still, wie sie weinte, dann begann er ganz leise und ganz behutsam:

„Ich müßte es Ihnen sagen, Fräulein Niedorf, denn früher oder später hätten Sie es doch erfahren."

„Ich danke Ihnen, Herr Kommissar, aber ich kann es noch immer nicht glauben ..."

„Ein Zweifel ist leider nicht möglich, Fräulein Niedorf!"

Er streichelte sie mit weichen Worten: „Sehen Sie, wenn die Entdeckung später gekommen wäre, vielleicht erst nach Jahren, dann wären Sie gewiß daran zugrundegegangen!"

Es schimmerte in ihren tränenfeuchten Augen wie ein Dank für diese Worte; und er fand plötzlich den Mut, ihr noch mehr zu sagen: „Und sehen Sie, Fräulein Niedorf, verloren war er Ihnen, als Sie an seinem Abend eine Frau aus seinem Hause treten sahen ..."

Henriette hatte ein dunkles Gefühl der Abwehr; wie konnte dieser Mensch ein fremder Mensch, ihre Empfindungen deuten wollen! Aber sie sah seine Augen, und die herzliche Teilnahme in seinem Blick heftigte ihren Widerspruch. Nur ein Erstaunen blieb zurück und eine leise Angst, dieser Mensch könnte noch tiefer in zarte Seele dringen, sie wehrt sich mit der Scham der Frau, ihre innersten Regungen offenbart zu sehen, und erhob sich plötzlich.

„Meine Verneh mung ist wohl zu Ende?" sagte sie mit einer sie selbst überraschenden Schroffheit.

Miemann suchte krampfhaft nach einer Frage, mit der er sie halten konnte; aber sein sonst so geübtes Denken versagte: er quälte ein Lächeln auf seine Lippen, verbeugte sich und eilte, ihr die Tür zu öffnen. Sie neigte an ihrem Schleier, und er sah nun ganz deutlich das elfenbeinerne Gesicht und fand rasch einen Weg auf, der nichts mehr von der Schroffheit ihrer Worte hatte. Da flüsterte ihm ein glücklicher Gedanke eine Frage ins Ohr:

„Und wie ist das Befinden Ihres Herrn Vaters, Fräulein Niedorf?"

„Er ist noch sehr schwach und schonungsbedürftig!"

„Eine Vernehmung wäre also ..."

Henriette fuhr entsetzt zurück: „Um Gotteswillen, Herr Kommissar! Mein Vater ... in diesem Zustand ..."

Sie war schon in ihrer Angst!

Und Miemann sprach grausam: „Eine Vernehmung Ihres Herrn Vaters wird sich nicht vermeiden lassen. Es sei denn ..."

Henriette zitterte, und sie hob ihre feinen Hände auf wie zu einer Bitte.

„Es sei denn, Fräulein Niedorf, Sie selbst stellten Ihren Herrn Vater die notwendigen Fragen und bemühten sich, noch einmal der, mit statt seiner zu antworten?"

„Das will ich gern tun; wenn ich nur meinen armen Vater ..."

„Dieses Verfahren ist eigentlich nicht zulässig, und ich muß Sie bitten, diese Abmachung zwischen uns vertraulich zu behandeln."

„Ich danke Ihnen, Herr Kommissar." Sie hob wieder die Hand, zögerte einen Atemzug lang und streckte sie ihm hin. Er nahm sie behutsam wie ein köstliches Geschenk und beugte den Kopf tief nieder, daß seine Lippen fast das Leder ihres Handschuhs berührten ...

Dann schloß er die Tür hinter ihr.

Es fiel Miemann bitter schwer, sich in seine Arbeit zurückzufinden; diese Vernehmung hatte ihn um keinen Schritt vorwärts gebracht, und wenn er ehrlich war gegen sich selbst: sie war überflüssig. Denn daß Henriette Niedorf über das Vorleben ihres Verlobten nichts wissen würde, das war ihm nie zweifelhaft gewesen. Wenn er sie trotzdem vorgeladen hatte ... wenn es nur geschehen wäre, um es ihr zu sagen ...

Und wieder schweiften seine Gedanken von der Arbeit ab.

Mit einem Ruck riß er sich los, holte seine Aktenstöße aus dem Schrank, baute sie um sich herum wie eine Mauer und bildete sich ein: sie würde ihn schützen gegen die Ueberfälle heimlicher Wünsche und toller Träume.

Er sprach zu sich wie ein Befehlshaber: also Fall Lank, aufgeklärt bis ... da packte ihn von neuem die Verzweiflung: diese Aufklärung schiefe er die Pförtnersleute ins Kino? Wozu schloß er sich in seinem Zimmer ein? Dann der Abschiedsbrief an die Verlobte, der erst nach seinem Tode aufgegeben war? Und die fremde Stimme im Fernsprecher? Und die Gestalt, die kurz nach der Tat des Nachts verließ?

Miemann grübelte, um einen Zusammenhang zu finden; wieder blätterte er in den Akten.

Wovon lebte Lank in Berlin? Einen Erwerb hatte er nicht. Von dem Ertrag seines Diebstahls in Frankfurt? Aber verkauft konnte das Radium nicht sein, sonst wäre es irgendwo aufgetaucht. Und welcher noch so verlotterte Hehler nahm so verräterische „Sorte" wie Radium?! Ein Metall, das durch seine Ausstrahlungen allein gefährlich war?!

Miemann griff in einem jähen Gedanken zum Fernsprecher und ließ sich mit dem Gerichtschemiker verbinden: Lank alias Kurz, welchen Stuhl gibt es gegen Radiumstrahlen?

„Blei," kam die Antwort. „Blei ist für Radiumstrahlen undurchlässig!"

Das war ein Schritt zur Klärung; Miemann schlug in den Akten nach und verglich sich in das Protokoll, das er über die Aussage des Schlossers aufgenommen: Lank alias Kurz hatte das Radium keineswegs, ebenlowenig wie sich selbst, in den Main versenkt, sondern mit nach Berlin gebracht: er hatte, um die Beute gefahrlos aufzubewahren, einen besonderen Tresor bauen und ihn dann mit Bleiplatten füttern lassen!

Und die Umrisse einer Kalette, die Miemann in der Staubschicht des Tresors entdeckt hatte? — Da hatte, bis kurz vor dem Tode des Diebes: das Radium gestanden. Auf dieses Radium hatte es der Mörder Lanks abgesehen: aber nur ein Mensch konnte wissen, welchen Schatz Lank dort aufbewahrte: dieser eine Mensch hieß — Alma Hitter ...

Die Mörderin Hans Lanks alias Johannes Kurz' hieß Alma Hitter ...

Miemann atmete auf

VIII.

Staatsanwalt Niedorf erhob sich von der Tafel, verabschiedete sich kurz und verschwand in sein Zimmer; die beiden Kinder hörten noch, wie er den Schlüssel im Loch herumdrehte.

„Vater ist sonderbar," sagte Henriette.

„Nicht anders, als er vordem war," erwiderte der Bruder mit Bitterkeit.

„Du bist hart, Günter! Du weißt, wie Vater an seiner Arbeit hängt, und seitdem die Mutter nicht mehr ist, hat er sich ganz in sie vergraben. Kümmere du dich denn um mich, wenn du über deinen Akten brütest?"

„Das ist etwas anderes; man kann ganz in seinem Beruf aufgehen und trotzdem ein Herz behalten für seine Mitmenschen. Aber Vater hat nie viel übrig gehabt für uns, und ich glaube, unsere Mutter ist in dieser Kälte, die Vater stets um sich verbreitete, einfach erfroren!"

„Günter, du sprichst von deinem Vater!"

„Er hat bisher nichts getan, kindliche Anhänglichkeit in mir zu wecken! Entweder schließt er sich in sein Zimmer ein, als brütete er Geheimnisse aus, oder er läuft davon, in seinen Klub. Hast du Vater schon jemals länger als eine Stunde gesehen?"

„Günter, glaubst du nicht, daß auch ich mich zuweilen nach etwas Wärme sehne, nach einem Menschen, der mit mir fühlt und für den ich sorgen kann?"

„Hans war genau so fühl wie Vater: und ehrlich gesagt, ich habe dich nie verstanden, wie du gerade diesen Menschen ..."

Henriette verfärbte sich; der Bruder sprang an ihre Seite: „Verzeih, Schwesterchen, daß ich mich vergaß ... Schwesterchen sei wieder gut, kommt denk nicht mehr daran!" und er streichelte ihr, wie ein großer unbeholfener Junge, über die Wangen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240321011/fragment/page=0002